

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Christof Berger/Ruedi Keller, SP/Catherine Weber, GB/Conradin Conzetti, GFL): Kurzfristig realisierbare Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Erwerbslosenzahlen sind in der Stadt Bern im Zeitraum zwischen 2000 und 2003 markant gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat sich in diesem Zeitraum – laut dem im Juni 04 erschienenen Kurzbericht der Statistikdienste der Stadt Bern – von 1,9% auf 4,7% erhöht, also mehr als verdoppelt. Es zeigt sich insbesondere eine Verschiebung innerhalb der Altersgruppen, indem der Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr überproportional gewachsen ist. Diese Tendenz ist auf dem gesamten Stadtgebiet festzustellen. In einigen Stadtteilen ist diese Entwicklung aber sehr alarmierend: z.B. sind im Stadtkreis VI (Bümpliz-Oberbottigen) 7.3% der 16 bis 19 Jährigen, 13.7% der 20 bis 24 Jährigen sowie 10% der 25 bis 29 Jährigen arbeitslos. Quartiere mit hoher Jugenderwerbslosigkeit sind über die ganze Stadt zu finden, konzentrieren sich aber in Bethlehem 9.1% / 16.1% / 11.6%, Bümpliz 5.9% / 12.7% / 9.9%, Stöckacker 4.7% / 9.3% / 5.2%, Holligen 7.8% / 4.5% / 5.0%, Lorraine 9.6% / 5.5% / 5.1%.

Das Problem ist effektiv viel grösser, als die RAV-Zahlen, auf die sich der Bericht der Statistikdienste stützt, dies belegen können. Es besteht eine grosse Differenz zwischen den Zahlen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) und den RAV-Zahlen. Man kann daraus schliessen, dass sich nur etwa die Hälfte der betroffenen Jugendlichen bei den RAV melden. Die Situation hat sich im August durch Stellen suchende LehrabgängerInnen zusätzlich verschärft. Die vorhandenen Zahlen geben zu Besorgnis Anlass. Auch die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist weiterhin angespannt.

Wer in jungen Jahren den Anschluss an die Berufswelt verpasst, sich mit Hilfsjobs durchschlagen muss, dem droht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer wieder der Jobverlust – oft auch lebenslange Armut. Jugendliche werden abhängig von der Sozialversicherung. Dies belastet die ganze Gesellschaft. Junge Erwerbslose ohne Einkommen können die Sozialwerke der Schweiz in dem Alter nicht mittragen, wo sie am meisten gebraucht würden. Sie müssen im Gegenteil mit deren Mitteln im Bereich der Armutsgrenze unterstützt werden. Die eingeschränkte Kaufkraft von Erwerbslosen schwächt wiederum die Wirtschaft und ist oft Ursache für gesellschaftliche Isolation. Isolierte und mittellose Menschen werden dann auch häufiger krank, was wiederum das Gesundheitssystem belastet. Diese Kosten sind gemäss einer Studie des Seco langfristig wesentlich höher als Investitionen in Bildung und Arbeitsmarkt-massnahmen.

Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gibt es in Bern bereits einige. Von städtischer wie von kantonaler Seite, als private Initiativen sowie als Massnahmen von Bildungsinstituten etc. Leider sind sie wenig koordiniert. Es existiert auch keine systematische Sammlung dieser Angebote und sie sind bei den Betroffenen wenig bekannt.

Wir beauftragen deshalb den Gemeinderat mit folgenden Massnahmen:

1. Die bestehenden Angebote der öffentlichen und privaten Anbieter in der Region (Stadt und umliegende Gemeinden) gegen Jugendarbeitslosigkeit werden mittels einer Informationsplattform optimal koordiniert, vernetzt und besser bekannt gemacht. Dafür sind insbesondere die Institutionen (z.B. Jugendtreffs), Medien (z.B. Internet, Ausgehmagazine) und Orte, die von Jugendlichen frequentiert werden, intensiv zu nutzen.

2. Diese Massnahme wird laufend überprüft und à jour gehalten.
3. Er erstellt dafür eine Kreditvorlage und ein Konzept.
4. Er wird beim Kanton vorstellig, damit in den RAV die Jugendlichen optimal beraten werden und auf die entsprechenden Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen werden. Er drängt insbesondere darauf, dass an den Schnittstellen Sekundarstufe 1 + 2 sowie beim Lehrabschluss/Berufseinstieg Initiativen ergriffen werden, dass junge Erwerbslose sich bei den RAV melden (Dunkelziffer von ca. 50%) und diese Dienstleistungen auch in Anspruch nehmen.

Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in der Stadt Bern bedrohliche Ausmasse an. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, dass er die vorliegende Motion mit der gebotenen Vordringlichkeit behandelt.

Bern, 28. Oktober 2004

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Christof Berger/Ruedi Keller, SP/Catherine Weber, GB/Conradin Conzetti, GFL), Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärker, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Michael Aebersold, Stefan Jordi, Thomas Göttin, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Margrith Beyer-Graf, Michael Jordi, Simon Röthlisberger, Natalie Imboden, Anna Coninx, Erik Mozsa, Verena Furrer-Lehmann, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Martina Dvoracek, Barbara Streit-Stettler, Doris Schneider, Daniele Jenni, Peter Künzler

Antwort des Gemeinderats

Angesichts der anhaltend hohen Jugendarbeitslosigkeit werden von kantonaler, städtischer und privater Seite die Anstrengungen zu deren Bekämpfung wesentlich verstärkt. Diese Massnahmen können ihr Ziel nur dann erreichen, wenn sie aufeinander abgestimmt und den Betroffenen bekannt sind. Der Gemeinderat hat deshalb im Sinn der Interfraktionellen Motion folgende Massnahmen ergriffen:

1. Er hat der Direktion für Bildung, Soziales und Sport den Auftrag erteilt, zur Verbesserung der Koordination sämtlicher Massnahmen im Bereich der Arbeitslosigkeit das bestehende Zusammenarbeitsforum „Integriertes Arbeitslosenprojekt der Stadt Bern (IASB)“ bezüglich Auftragserfüllung als „Runden Tisch“ sämtlicher wichtiger Akteurinnen und Akteure und bezüglich personeller Zusammensetzung (unter anderem Einbezug der Wirtschaftsverbände) zu optimieren. Darüber hinaus hat das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) die Überarbeitung der Website als Teil des städtischen Auftritts an die Hand genommen, um die Information der Kundschaft rasch zu verbessern. Eine ergänzende Massnahme bildet die Vernetzung der Website des KA mit der geplanten integralen Informationsplattform des Vereins für Arbeitsbeschaffung für den ganzen Kanton. Schliesslich ist vorgesehen, die Quartier- und Jugendtreffs in die Informationsarbeit einzubeziehen.
2. Die Koordinations- und Informationsmassnahmen werden laufend aktualisiert und in ihrer Wirkung überprüft.
3. Der Gemeinderat hat den Auftrag mit entsprechendem Kredit zur Erstellung eines Gesamtkonzepts Arbeitslosigkeit erteilt. Er verweist hierzu auf seine Antwort zur Motion

Kommission für Soziale Sicherheit und Bildung, Umwelt und Integration „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Politischer Auftrag an das KA – Schwerpunkt für die Legislatur 2005 – 2008“.

4. Entgegen der Auffassung der Motionärinnen/Motionäre besteht nach den bisherigen Erfahrungen keine Veranlassung, beim Kanton zwecks Verbesserung der Beratung von Jugendlichen in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu intervenieren. Die RAV haben Personalberaterinnen und -berater mit spezifischer Aufgabenstellung zur Betreuung Jugendlicher bestimmt und die Beratungstätigkeit intensiviert. Probleme bereiten allerdings die ungenügenden Angebote. Der Gemeinderat stimmt aber dem Anliegen zu, an den wesentlichen Schnittstellen Sekundarstufe 1 und 2 sowie zwischen Lehre und Berufseinstieg das Angebot zu verbessern und dieses auch bekannt zu machen. In der vom Gemeinderat genehmigten und dem Stadtrat demnächst vorgelegten Bildungsstrategie sind die notwendigen Massnahmen, die in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton (Erziehungsdirektion, Volkswirtschaftsdirektion) realisiert werden müssen, aufgeführt. Im Übrigen verweist der Gemeinderat auf seine Antwort auf die Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Flückiger, SP) „Jugendarbeitslosigkeit in Bern“ sowie auf seine Antwort auf die Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!/GPB „Junge brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen“.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 6. April 2005

Der Gemeinderat